

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte stellen gemäß § 24 der GO-BV, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgende

Resolution betreffend Sicherheit im Umfeld des Islamischen Zentrums Imam Ali

Die Bezirksvertretung Floridsdorf spricht sich entschieden dagegen aus, dass der Bezirk zum Austragungsort ausländischer politischer Konflikte oder zum Wirkungsraum extremistischer islamischer Ideologien wird.

Begründung

Am 4. März 2026 kam es in der Richard-Neutra-Gasse 8 beim sogenannten Islamischen Zentrum Imam Ali zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern einer Veranstaltung und Gegendemonstranten, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Anlass war eine Gedenkveranstaltung für einen führenden Vertreter des iranischen Regimes, die in unmittelbarer Nähe zu einer Gegenkundgebung von Regimegegnern stattfand.

Solche Vorfälle zeigen deutlich, dass ausländische politische Konflikte zunehmend auch im öffentlichen Raum unseres Bezirks ausgetragen werden.

Bereits in der Vergangenheit stand das Islamische Zentrum Imam Ali mehrfach im Fokus politischer und sicherheitspolitischer Diskussionen. Auch parlamentarische Anfragen auf Bundesebene beschäftigten sich mit möglichen politischen Einflussnahmen sowie mit Verbindungen dieser Einrichtung zur Islamischen Republik Iran und somit Verbindungen zu extremistischen Weltanschauungen.

Darüber hinaus wurde die Liegenschaft Richard-Neutra-Gasse 8 bereits mehrfach behördlich überprüft und bereits 2019 wurde festgestellt, dass eine religiöse Nutzung dieser Räumlichkeiten rechtswidrig ist.

Der Mediale Auftritt des Islamischen Zentrum Imam Ali, vor allem auf Instagram unter dem Namen „izia.wien“, lässt jedoch vermuten, dass diese nicht eingestellt worden ist.

Aktuelle Veröffentlichungen des Vereins selbst zeigen zudem, dass an diesem Standort regelmäßig religiöse Veranstaltungen stattfinden. So wurde etwa für den 8., 10. und 12. März ein umfangreiches religiöses Programm zur „Laylat al-Qadr“ (Nacht der Bestimmung) mit Qur’an-Rezitation, Trauerrezitation und Predigt angekündigt, das ausdrücklich an der Adresse Richard-Neutra-Gasse 8 in Floridsdorf stattfinden soll.

Floridsdorf muss ein sicherer Bezirk bleiben, in dem das friedliche Zusammenleben aller Floridsdorfer gewährleistet ist und der öffentliche Raum nicht für die Interessen autoritärer Regime missbraucht wird.

Die Bezirksvertretung Floridsdorf verurteilt daher jede Form politischer Einflussnahme islamistischer Regime im Bezirk und fordert, dass Einrichtungen und Vereine im Bezirk nicht zur Verbreitung extremistischer Ideologien oder zur Austragung ausländischer politischer Konflikte genutzt werden.

Auszug aus dem VS Bericht 2024:

Islamische Zentren als Ausgangspunkt für nachrichtendienstliche Aktivitäten und Diasporabeeinflussung.

Revolutionsbegründer Ajatollah Ruhollah Musawi Chomeini strebte nach dem Ideal einer islamischen Herrschaft und formte dazu Glaube in Politik um. Er befürwortete einen islamischen Staat totalitärer Prägung, gelenkt von Religionsgelehrten nach den Grundsätzen der Scharia.

Chomeinis Nachfolger, der heutige Oberste Führer Ali Chamenei, versteht unter Islamischer Revolution nicht allein das singuläre Ereignis von 1979, das die Monarchie stürzte, sondern eine fortlaufende Entwicklung, die in einer panislamischen Zivilisation nach 124 Verfassungsschutzbericht 2024 iranischem Vorbild enden soll. Westliche Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten besitzen in dieser Staatsideologie keine Bedeutung.

Die Islamische Republik Iran verfügt in Europa über mehrere schiitisch-islamische Zentren, unter anderem in Wien, London, Paris, Stockholm, Kopenhagen und Sarajevo. Sie dienen dem Machtapparat der Islamischen Republik Iran als Soft-Power-Vehikel, um unter religiösem und kulturellem Deckmantel ein diktatorisch ausgerichtetes Herrschaftssystem zu rechtfertigen, das mit einer pluralistischen Gesellschaft, in der unterschiedliche Weltanschauungen gleichberechtigt nebeneinander bestehen, unvereinbar ist.

Im Juli 2024 verbot das deutsche Bundesministerium des Innern und für Heimat das Islamische Zentrum Hamburg e.V. (IZH) samt seinen Teilorganisationen mit der Begründung, diese Einrichtungen propagierten eine islamistische, totalitäre Ideologie, unterstützten Terroristinnen und Terroristen der Hisbollah und verbreiteten einen aggressiven Antisemitismus.

In Österreich existieren ähnliche schiitische Vereinigungen und Institutionen, die ebenfalls vom iranischen Regime benutzt werden, um antisemitische Ressentiments sowie generell den Hass auf alle Feinde der Islamischen Republik zu schüren. Auch nachrichtendienstliche Aktivitäten werden durch derartige Einrichtungen ermöglicht.

Legitime Glaubensausübung wird auf diese Weise missbraucht und staatlich instrumentalisiert, um eine ideologische Grundlage zu bereiten, die iranische Ziele fördert. Eine behördliche Auflösung dieser als Vereine organisierten Zentren ist möglich, wenn sie nachweislich gegen Strafgesetze verstoßen, ihren statutenmäßigen Wirkungsbereich überschreiten oder überhaupt den Bedingungen ihres rechtlichen (Fort-)Bestands nicht mehr entsprechen.

Quellenangabe:

https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/205_2025_VSB_2024_V20250929_webBF.pdf

Öffentliche Videoüberwachung im Umfeld des Floridsdorfer Bahnhofs

Die unterzeichnenden Floridsdorfer Bezirksrätinnen und Bezirksräte stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen folgende

Resolution

Die Bezirksvertretung Floridsdorf spricht sich für Maßnahmen aus, die zur Stärkung der Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls im Umfeld des Bahnhofs Floridsdorf und des Franz-Jonas-Platzes beitragen können, wozu der Einsatz öffentlicher Videoüberwachung zählen kann.

Begründung

Der Bahnhof Floridsdorf und der angrenzende Franz-Jonas-Platz zählen zu den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten Wiens und sind der bedeutendste Mobilitätsknoten nördlich der Donau. Täglich nutzen zehntausende Menschen diesen Bereich als Umsteige- und Aufenthaltsort. Der Bahnhof zählt zu den meistfrequentierten Bahnhöfen Österreichs.

Die Bezirksvertretung Floridsdorf begrüßt Maßnahmen, die in den vergangenen Monaten zur Verbesserung der Situation am Franz-Jonas-Platz gesetzt wurden. Dazu zählt insbesondere das eingeführte Alkoholverbot, das bereits zu einer spürbaren Entspannung der Situation beigetragen hat.

Gleichzeitig bleibt der Bereich rund um den Bahnhof Floridsdorf aufgrund seiner hohen Frequenz und seiner Funktion als zentraler öffentlicher Raum ein Ort, an dem Fragen der Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Anfang August 2025 hat Innenminister Gerhard Karner Pläne bekannt gegeben, die Videoüberwachung im öffentlichen Raum auszuweiten und diese künftig auch an potenziell betroffenen Orten zu ermöglichen. Diese Überlegungen wurden auch von Wiens Bürgermeister Michael Ludwig unterstützt, der sich ebenfalls für zusätzliche Instrumente zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum ausgesprochen hat.

Vor diesem Hintergrund wird auch die öffentliche Videoüberwachung als eine mögliche Maßnahme zur Unterstützung der Sicherheitsarbeit und zur Prävention von Straftaten beurteilt.



RESOLUTION: FÜR DEN ERHALT DER WC-ANLAGEN

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15. April 2026 gemäß § 24 Geschäftsordnung folgende

RESOLUTION

betreffend einem Bekenntnis zu den kostenlosen WC-Anlagen im Bezirk

Die Bezirksvertretung Floridsdorf bekennt sich - auch aus Gründen der öffentlichen Hygiene - zum Erhalt der weitgehend kostenfreien, öffentlichen WC-Anlagen im 21. Bezirk. Wir treten dafür ein, den Städten und Gemeinden sowie deren Bezirken das Anbieten elementarer Dienstleistungen im öffentlichen Raum nicht durch Steuergesetzgebung zu erschweren. Der Zugang zu sicheren Sanitäranlagen und sauberem Wasser ist seit 2010 ein von den Vereinten Nationen (UNO) anerkanntes Menschenrecht: Diese Menschenrechte sind unabhängig vom individuellen Einkommen zu verwirklichen.

BEGRÜNDUNG

In den Mitteilungen des Bezirksvorstehers der BV-Sitzung vom 11. Februar 2026 wurde die Floridsdorfer Öffentlichkeit darüber informiert, dass aufgrund einer Entscheidung des Finanzamtes basierend auf der Bundesgesetzgebung für kostenlose Bedürfnisanstalten kein Vorsteuerabzug mehr zusteht. Alleine für den Bezirk Floridsdorf bedeutet dies voraussichtliche Mehrkosten in der Höhe von 42.000 Euro.

Es ist aufgrund des zusätzlichen Kostendrucks für die Zukunft zu befürchten, dass zum Nachteil unserer Bevölkerung die öffentlichen Bedürfnisanstalten immer öfter kostenpflichtig werden. Weil unter anderem finanziell benachteiligte Personen die WC-Anlagen weniger frequentieren werden, sind zusätzliche Verunreinigungen im öffentlichen Raum evident.

Aus Gründen der öffentlichen Hygiene wäre perspektivisch sogar anzustreben, auch die beiden personalbetreuten Anlagen im Amtshaus sowie am Floridsdorfer Markt endlich kostenfrei anbieten zu können.

Die unabhängige Prüfungs- und Beratungsgesellschaft KPMG schreibt zur Entscheidung des VwGH:

*„Die Argumentation des Finanzamtes dürfte sich allein auf den Umstand beziehen, dass das BFG den Vorsteuerabzug auch bei den unentgeltlich nutzbaren WC-Anlagen zugelassen hat. Hier sind natürlich die Umstände des konkreten Sachverhalts zu bedenken: Die Zuteilung der Einnahmen auf – in diesem Fall – WC-Anlagen, und daher nach Standorten, ist relativ einfach möglich und **wäre es uE daher denkbar den Anteil des Vorsteuerabzugs auf die entgeltlich nutzbaren WC-Anlagen zu begrenzen.**“¹*

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

¹ <https://kpmg.com/at/de/media/newsletter/tax-news/2025/02/tn-vwgh-stellt-umfang-des-vst-abzugs-bei-betrieben-gewerblicher-art-in-frage.html>

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Floridsdorfer Kultur- und Benennungskommission stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 15. April 2026 folgenden

Antrag

auf Benennung einer Parkanlage

Frau Amtsführende Stadträtin Mag.a Veronica Kaup-Hasler möge die Benennung der unbenannten Parkanlage am Mühlweg nach

„Gerald Pichowetz“

in die Wege leiten.

Begründung:

Gerald Pichowetz ist vor allem als Darsteller populärer Fernsehrollen österreichweit bekannt und ist trotzdem als Schauspieler und als Prinzipal bodenständig geblieben. Er war Initiator, Gründer und Direktor des Gloria Theaters. Außerdem leidenschaftlicher Strebersdorfer, auf dessen Wirken und Wirkung wir stolz sein können und das wir nie vergessen werden.



Geruchsbelästigung Kanal Am Hubertusdamm

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgenden

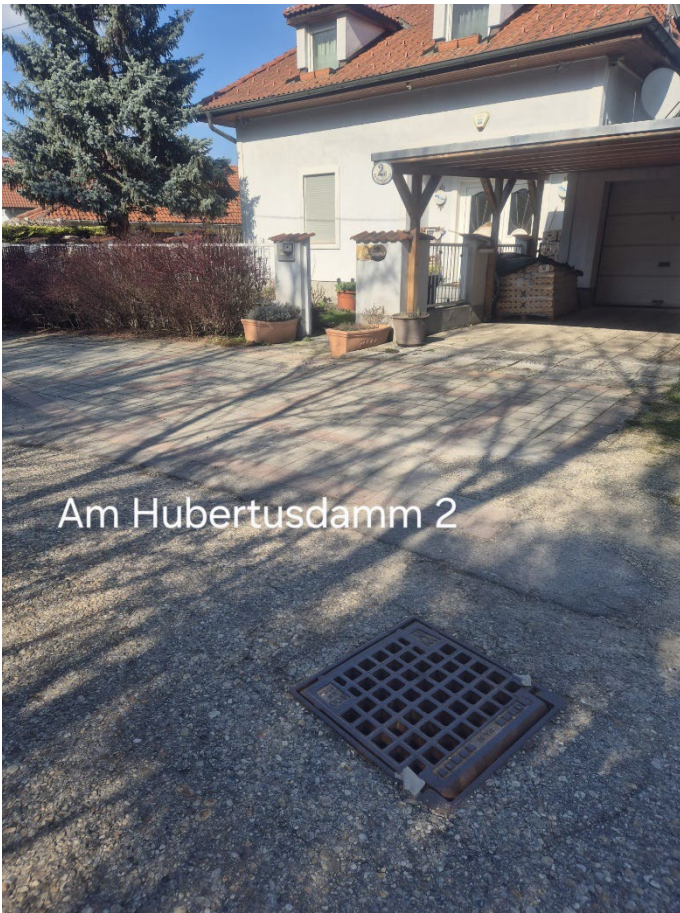
Antrag

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Mag. Jürgen Czernohorszky, wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen zu beauftragen, den Kanalbereich Am Hubertusdamm (die genauen Ordnungsnummern finden sich in den beiliegenden Fotos) zu überprüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zu setzen, um die dort auftretende Geruchsbelästigung für die Anrainer zu beseitigen.

Vorberatungen mögen im Umweltausschuss stattfinden.

Begründung

Im Bereich Am Hubertusdamm kommt es immer wieder zu einer extremen Geruchsbelästigung aus dem Kanal. Diese beeinträchtigt die Lebensqualität der Anrainer massiv, da ein Aufenthalt im Freien oder ein Öffnen der Fenster sehr oft einfach nicht möglich sind. Eine Überprüfung sowie gegebenenfalls Reinigung oder technische Maßnahmen erscheinen daher dringend notwendig. Beiliegend finden sich Fotos der Örtlichkeiten, mit den jeweiligen Ordnungsnummern.



Am Hubertusdamm 2



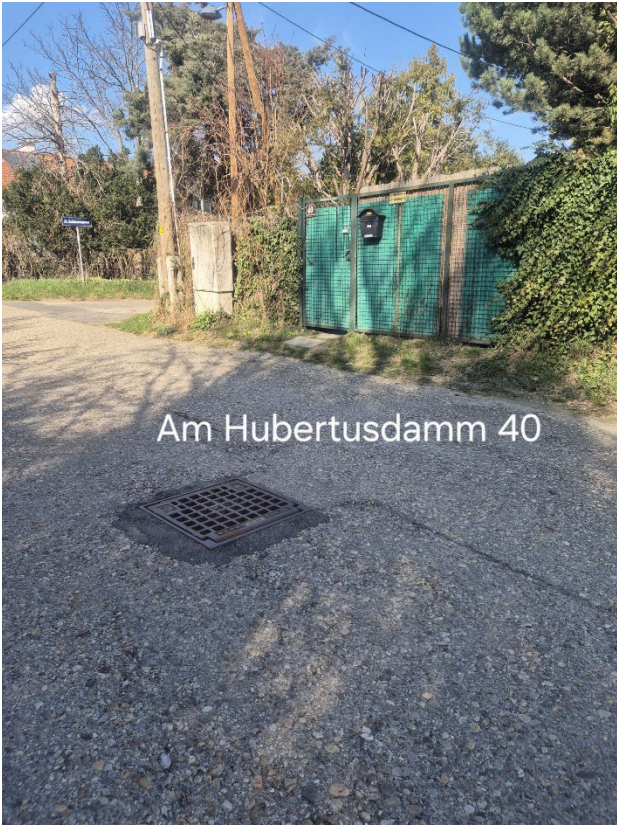
Am Hubertusdamm
zwischen 2 & 2E



Am Hubertusdamm 30



Am Hubertusdamm 10



Am Hubertusdamm 40



Am Hubertusdamm 50



Am Hubertusdamm 70



Am Hubertusdamm 60



Am Hubertusdamm 76



Am Hubertusdamm 80



Am Hubertusdamm 90



Am Hubertusdamm 100



Am Hubertusdamm 110



Ecke Am
Hubertusdamm/
Feldlerchengasse



5 x
Ecke Überfuhrstraße/
Am Hubertusdamm

5 Stück



Überfuhrstr. 3 & 5



Lärmentwicklung durch Kanaldeckel in der Oswald-Redlich-Straße (Autobuslinie 29B)

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgenden

Antrag

Die MA 28 möge in Absprache mit den Wiener Linien überprüfen, weshalb es bei Fahrten der Autobuslinie 29B, im Bereich der Oswald-Redlich-Straße, beim Überfahren einiger Kanaldeckel zu lauten und dröhnenden Geräuschen kommt, die bis in die Wohnbereiche der Anrainer dringen, und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Behebung dieser Lärmbelastung setzen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Anrainer berichten, dass beim Befahren bestimmter Kanaldeckel durch Autobusse der Linie 29B, im Bereich der Oswald-Redlich-Straße, regelmäßig sehr laute und dröhnende Geräusche entstehen. Diese sind insbesondere in den angrenzenden Wohngebäuden deutlich wahrnehmbar und führen zu einer spürbaren Lärmbelastung.

Es erscheint daher zweckmäßig, die betroffenen Kanaldeckel beziehungsweise den Straßenzustand in diesem Bereich gemeinsam mit den Wiener Linien zu überprüfen und gegebenenfalls technische Maßnahmen zu setzen, um die Lärmentwicklung zu reduzieren.



Parkplatz Ekazent Großfeldsiedlung

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung, Elke Hanel-Torsch, wird ersucht, so rasch wie möglich eine nachhaltige Lösung für den Parkplatz vor dem Einkaufszentrum in der Kürschnergasse 9 zu finden. Dieser befindet sich seit dem 01.01.2026 im Verantwortungsbereich von Wiener Wohnen. Ziel soll es sein, den derzeit unkontrollierten Zustand zu beenden und eine geordnete Nutzung des Parkplatzes sicherzustellen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Seit dem 01.01.2026 ist Wiener Wohnen für die Kontrolle des Parkplatzes vor dem Einkaufszentrum in der Kürschnergasse 9 verantwortlich. Da seit dem 1. Jänner dieses Jahres keine Tickets zum Abstellen der Fahrzeuge mehr erforderlich sind, wird dieser Parkplatz zunehmend von Pendlern aus dem Wiener Umland genutzt. Diese stellen ihre Fahrzeuge dort ganztägig und kostenlos ab, um anschließend mit der U1 in die Stadt weiterzufahren.

Um genau diese Entwicklung zu verhindern, wurde nach der Inbetriebnahme der U1-Station Großfeldsiedlung der Parkplatz mit Ticketautomaten ausgestattet und eine Regelung eingeführt, die zwei Stunden kostenloses Parken für Kunden des Einkaufszentrums ermöglicht.

Für viele Besucher, die den Parkplatz zum Einkaufen nutzen möchten, ist dies nun nicht mehr möglich, da die Parkplätze häufig bereits durch ganztägig abgestellte Fahrzeuge von Pendlern belegt sind.



Rechtsabbiegepfeil Kreuzung Wagramer Straße / Julius-Ficker-Straße

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgenden

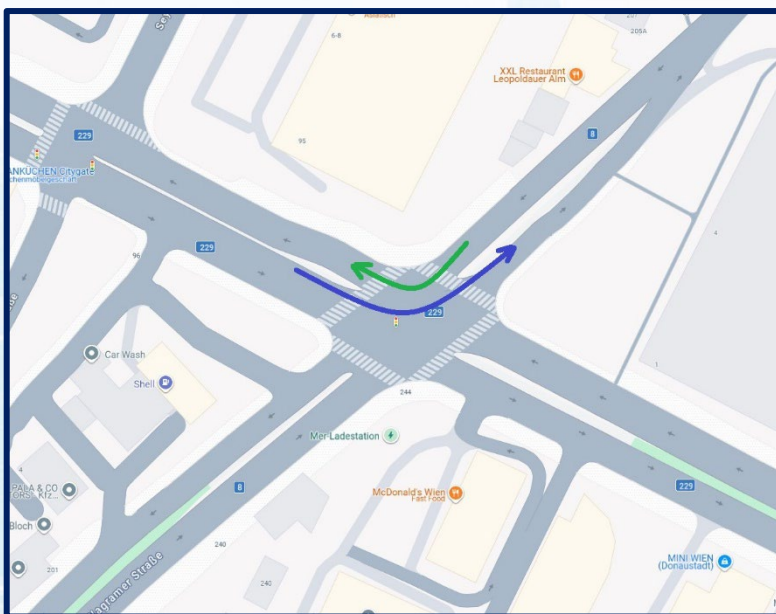
Antrag

Die MA 33 wird ersucht zu prüfen, ob bei der automatischen Verkehrslichtsignalanlage an der Kreuzung Wagramer Straße / Julius-Ficker-Straße für den aus Niederösterreich kommenden Verkehr ein eigenes Rechtsabbiegesignal eingerichtet werden kann, und dieses gegebenenfalls umzusetzen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Ein eigenes Rechtsabbiegesignal von der Wagramer Straße in die Julius-Ficker-Straße, das zeitgleich mit den Linksabbiegern von der Julius-Ficker-Straße in die Wagramer Straße geschaltet ist, würde zu einer deutlichen Verbesserung des Verkehrsflusses führen. Dadurch könnten unnötige Wartezeiten reduziert und der Verkehrsablauf an dieser stark frequentierten Kreuzung effizienter gestaltet werden.





Umbaupläne Einkaufszentrum Großfeldsiedlung

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung, Frau Stadträtin Elke Hanel-Torsch, wird ersucht, den Mitgliedern der Bezirksvertretung Floridsdorf sämtliche Informationen zu den geplanten Umbauarbeiten beim Einkaufszentrum in der Kürschnergasse 9 zur Verfügung zu stellen und die entsprechenden Planungen in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksentwicklungs- und Wirtschaftskommission durch zuständige Vertreter vorzustellen.

Begründung

Seit dem 01.01.2026 ist Wiener Wohnen für die Kontrolle des Parkplatzes sowie für die Verwaltung des Einkaufszentrums in der Kürschnergasse 9 verantwortlich.

In den vergangenen Wochen haben sich jedoch die Hinweise aus der Bevölkerung sowie von ansässigen Gewerbetreibenden gehäuft, dass umfangreiche Umbauarbeiten geplant sein könnten. Dabei ist von möglichen Teilabbrüchen des bestehenden Einkaufszentrums, der Errichtung zusätzlicher Garagenplätze, der Schließung einzelner Geschäfte sowie sogar von einer möglichen Aufstockung der bestehenden Gebäude die Rede.

Diese Gerüchte und Berichte sorgen sowohl bei den Anrainern als auch bei den ansässigen Betrieben für erhebliche Verunsicherung. Besonders problematisch ist, dass bisher keine transparente Information über den tatsächlichen Planungsstand erfolgt ist.

Gerade bei Projekten dieser Größenordnung ist eine frühzeitige und offene Information der Bezirksvertretung sowie der betroffenen Bevölkerung unerlässlich. Die Bezirksvertretung Floridsdorf hat ein berechtigtes Interesse daran, über mögliche Veränderungen der lokalen Infrastruktur, der Parkplatzsituation sowie der Nahversorgung rechtzeitig informiert zu werden.

Um weitere Verunsicherung zu vermeiden und Transparenz herzustellen, ist eine umfassende Darstellung der aktuellen Planungen daher dringend erforderlich.



Verkehrsfreigabe Katharina-Scheiter-Gasse

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgenden

Antrag

Die MA 46 wird gebeten die Freigabe für den Individualverkehr in der Katharina-Scheiter-Gasse, zwischen Busgarage und Ruthnergasse zu verordnen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Mit der Besiedelung des Industrie- und Gewerbegebietes entlang der Petritschgasse ist das Verkehrsaufkommen in dieser Gegend stark gestiegen. Durch eine Öffnung würden nicht nur die Zu- und Abfahrten der Gewerbebetriebe erheblich erleichtert und damit wirtschaftlicher gestaltet, sondern auch die Bewohner entlang der Ruthnergasse, Siemensstraße und Thayagasse entlastet. Diese Öffnung würde nicht nur den Durchzugsverkehr zu den Gewerbebetrieben reduzieren, sondern auch die Verkehrs- und Wohnqualität in besagten Gassen spürbar verbessern.

Überprüfung des Durchfahrverbots für KFZ in der Katharina-Scheiter-Gasse

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgenden

Antrag

Die MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) wird ersucht, das bestehende Durchfahrverbot für Kraftfahrzeuge in der Katharina-Scheiter-Gasse dahingehend zu überprüfen, ob die derzeitige Verkehrsregelung weiterhin zweckmäßig ist oder ob eine Anpassung unter Berücksichtigung der verkehrlichen und sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen möglich und sinnvoll wäre.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission vorgenommen werden.

Begründung

Derzeit ist das Befahren der Katharina-Scheiter-Gasse für Kraftfahrzeuge von der einen Seite bis zur Einfahrt des Kundenparkplatzes der Paddlezone sowie des Marco Polo Sportcenters möglich. Im Anschluss daran ist die Weiterfahrt auf einer Länge von rund 140 Metern untersagt und ausschließlich Fahrzeugen der Wiener Linien sowie Radfahrerinnen und Radfahrern gestattet.

Von der Petrischgasse kommend beginnt das Fahrverbot ab der Ein- und Ausfahrt des Betriebsgeländes der Wiener Linien.

Diese Regelung führt dazu, dass für Fahrten beispielsweise von der Großbauergasse in Richtung Petrischgasse oder Neu-Leopoldau erhebliche Umwege in Kauf genommen werden müssen, etwa über die Gerasdorfer Straße und Thayagasse oder alternativ über Ruthnergasse – Siemensstraße – Thayagasse.

Anhang





Verkehrszeichen Winkeläckerweg

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgenden

Antrag

Die MA 46 möge für den bereits sanierten Teil des Winkeläckerweg, der als Rad- und Fußweg gewidmet ist, die entsprechenden Verkehrszeichen verordnen und errichten lassen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Mitte Oktober 2025 wurden die Sanierungsarbeiten am letzten Teilabschnitt des Winkeläckerwegs abgeschlossen. Nach Beendigung der Arbeiten wurde zugesichert, dass die noch fehlenden Verkehrszeichen errichtet werden.

Bis heute fehlt jedoch weiterhin am Ende des Weges – bei der Brücke über den Marchfeldkanal – das Verkehrszeichen „Anfang/Ende des Rad- und Fußwegs“.



Vermüllung Liegenschaft Prager Straße 94-98

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgenden

Antrag

Das Magistratische Bezirksamt Wien 21 wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien eine behördliche Kontrolle der Liegenschaft an der Prager Straße 94-98, im Hinblick auf Müllentsorgung, Lagerung von Problemstoffen sowie die Einhaltung der Reinhaltungspflichten, durchzuführen.

Begründung

In der Liegenschaft an der Prager Straße 94-98 findet sich eine große Anzahl an Sperrmüll wie z.B. Autoreifen, Müllsäcke, Kühlschrank etc.

Anrainer berichten ebenfalls über Ratten und Ungeziefer, die anscheinend durch die dortige starke Vermüllung angelockt werden, und über freiliegende Elektroinstallationen.

Durch einen freien Bereich im Zaun könnten Kinder sehr leicht in das Grundstück gelangen.







Widmungswidrige Verwendung Liegenschaft Richard-Neutra-Gasse 8

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026-, folgenden

Antrag

Die MA 37 möge die Liegenschaft in der Richard-Neutra-Gasse 8, auf eine mögliche und widmungswidrige Verwendung des Bestandsobjektes überprüfen, und gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen um diese zu unterbinden.

Begründung

Wie der extreme Vorfall vom 04. März 2026 leider zeigt, versammeln sich trotz der Tatsache, dass sich die Liegenschaft in einem Betriebsbaugelände befindet und eine religiöse Nutzung bereits im Jahr 2019 behördlich untersagt wurde, nach wie vor hunderte Personen auf dem Grundstück.

Die Baupolizei hat bereits am 9. August 2022 eine Strafanzeige bei der zuständigen Strafbehörde wegen der widmungswidrigen Nutzung des bewilligten Büro- und Lagergebäudes für religiöse Zwecke eingebracht.

Offensichtlich wird das Gebäude weiterhin entgegen der bestehenden Widmung für religiöse Zwecke verwendet, worauf die regelmäßigen, massenhaften Ansammlungen von Personen deutlich hinweisen. Den Aussagen eines Islamismus-Experten in der ORF-Sendung „Thema“ – Quelle: <https://on.orf.at/video/14314381/thema-vom-09032026> – vom 09. März 2026 ist dies ebenfalls deutlich zu entnehmen.

Antrag gemäß § 24 Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen (GO-BV) iVm § 104 Wiener Stadtverfassung (WStV)

Einbringende Fraktion: Team HC Strache

Einbringender: Heinz-Christian Strache

Betreff: Veranlassung einer umfassenden baurechtlichen sowie gewerbe- und veranstaltungsrechtlichen Überprüfung des sogenannten „Imam-Ali-Zentrums“ im Bezirk Floridsdorf

Antrag

Die Bezirksvertretung Floridsdorf möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien, insbesondere:

- MA 37 (Baupolizei)
- MA 63 (Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten)
- das örtlich zuständige Magistratische Bezirksamt (MBA)

werden ersucht, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten folgende Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls zu setzen:

1. Baurechtliche Überprüfung (MA 37 – Baupolizei)

- Durchführung einer neuerlichen baupolizeilichen Überprüfung gemäß Bauordnung für Wien, insbesondere im Hinblick auf:
 - § 60 BO für Wien (bewilligungspflichtige Änderungen der Benützungsort)
 - § 129 BO für Wien (vorschriftswidrige Nutzung, Baugebrechen)
 - Feststellung, ob eine widmungswidrige Nutzung als Gebetsraum bzw. religiöser Versammlungsort vorliegt
- Prüfung, ob bestehende behördliche Untersagungen missachtet werden

Ziel:

Bei Vorliegen eines rechtswidrigen Zustandes sind die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere die Untersagung der Nutzung und baupolizeiliche Maßnahmen, zu setzen.

2. Gewerbe- und veranstaltungsrechtliche Prüfung (MA 63 / MBA)

- Überprüfung, ob Tätigkeiten vorliegen, die unter:
 - die Gewerbeordnung 1994 (GewO) oder
 - das Wiener Veranstaltungsgesetz fallen
- Kontrolle, ob entsprechende Genehmigungen fehlen oder überschritten wurden

Ziel:

Gegebenenfalls Einleitung der gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen bei unzulässiger Gewerbeausübung oder nicht genehmigten Veranstaltungen.

3. Überprüfung der Vollstreckung bestehender Bescheide

- Feststellung, ob bereits erlassene Bescheide der Baupolizei oder anderer Behörden vollständig vollzogen wurden
- Prüfung, ob weiterer Vollstreckungsbedarf besteht

Ziel: Sicherstellung der konsequenten Durchsetzung rechtskräftiger behördlicher Entscheidungen.

4. Bericht an die Bezirksvertretung

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, der Bezirksvertretung Floridsdorf binnen 8 Wochen einen schriftlichen Bericht über:

- den Stand der durchgeführten Überprüfungen
- gesetzte Maßnahmen
- sowie allfällige Vollzugsdefizite zu übermitteln.

Begründung

Im Bezirk Floridsdorf bestehen Hinweise darauf, dass im Bereich des sogenannten „Imam-Ali-Zentrums“ eine Nutzung als religiöser Versammlungsort erfolgt, ohne dass hierfür eine entsprechende baurechtliche Genehmigung vorliegt bzw. trotz behördlicher Untersagung fortgesetzt wurde.

Eine solche Nutzung kann insbesondere eine widmungswidrige Verwendung im Sinne der Bauordnung für Wien darstellen und erfordert gegebenenfalls baupolizeiliches Einschreiten.

Darüber hinaus besteht Anlass zur Prüfung, ob:

- gewerbe- oder veranstaltungsrechtliche Vorschriften eingehalten werden
- behördliche Bescheide ordnungsgemäß vollzogen wurden

Die konsequente Anwendung bestehender Rechtsnormen dient:

- der Sicherstellung der Rechtsstaatlichkeit
- der Gleichbehandlung aller Einrichtungen
- sowie der Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen

Die Bezirksvertretung Floridsdorf nimmt im Rahmen ihres Wirkungsbereiches eine politische Kontroll- und Anregungsfunktion wahr und ersucht daher die zuständigen Stellen um entsprechende Prüfung und Berichterstattung.

Heinz-Christian Strache

Bezirksrat – Team HC Strache – Allianz für Österreich

DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Anpassung der Betriebszeiten 33A

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 15. April 2026 gemäß § 23 GO-BV folgenden

Antrag

betreffend der Anpassung der Betriebszeiten der Linie 33A an die realen Besuchszeiten des Bank Austria Parks (Andre Heller-Park)

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulli Sima wird ersucht die Wiener Linien zu beauftragen, in der neuen Ausschreibung für die Konzession für den Betrieb der Linie 33A, gültig ab 01.04.2031, die Betriebszeiten der Linie 33A auf Sonn- und Feiertagen, sowie täglich bis mindestens 22 Uhr auszuweiten.

Vorberatungen sollen in der Verkehrskommission erfolgen.

Begründung

Die Betriebszeiten der Linie 33A sollen an die Bedürfnisse der Anrainer:innen und an die realen Besuchszeiten im Andre Heller-Park angepasst werden.

Bei der Buslinie 33A besteht derzeit ein Konzessionsvertrag bis zum 31.03.2031. Ab dem 01.04.2031 folgt ein neuer Vertrag zwischen den Wiener Linien und einem Subunternehmen. In diesem Vertrag wird in der Regel der Fahrplan und die Fahrleistung für fünf Jahre bestimmt. Fahrplanänderungen sind während der Laufzeit des Vertrags nicht oder nur in einem sehr geringen Ausmaß umsetzbar. Solche Verkehrsdienste werden drei bis vier Jahre vor Vertragsstart ausgeschrieben. Deshalb kann eine reale Verbesserung des öffentlichen Verkehrs nur in diesen Verträgen festgeschrieben werden und muss ebenfalls zeitgerecht kundgetan werden.

DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Biodiversitätsflächen für Floridsdorf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 15. April 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

für die Schaffung einer Biodiversitätsfläche zwischen Angelibad und Arbeiterstrandbadstraße

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Jürgen Czernohorszky, wird ersucht, einen Teil der ungenutzten Grünfläche zwischen Angelibad und der Arbeiterstrandbadstraße in eine Biodiversitätsfläche zu umzugestalten.

Vorberatungen dazu mögen im Umweltausschuss stattfinden.

Begründung

In Floridsdorf gibt es viele Grünflächen die praktisch ungenutzt sind. Durch gezieltes seltenes Mähen und Einbringen von Samenmischungen, die der Bodenbeschaffenheit entsprechen, können mit wenig Aufwand schöne blühende Flächen errichtet werden. Blühende Wiesen in der Nähe von Spielplätzen, Schulen und Kindergärten bringen den Kindern Naturschutz und Artenvielfalt näher. Zusätzlich, um die Insektenpopulationen zu unterstützen, können auch noch sog. „Wildbienenhotels“ montiert werden.

Es gibt bereits mehrere „artenreiche Wiesen“, doch gilt es auch hier darauf zu achten, dass nicht zu oft gemäht wird, damit blüten- und nahrungsreiche Pflanzen gut gedeihen können. Ebenso ist auch auf die Bodenqualität zu achten. Wenn eine Wiese seltener gemäht wird, dann bedeutet das weniger Aufwand. Eine ausgewachsene Wiese trocknet weniger leicht aus, als eine kurz gemähte und sie spendet mehr Kühlung und Feuchtigkeit.

Es ist wichtig in der Stadt auch auf Biodiversität zu achten, da durch die vielen versiegelten Flächen

viel Lebensraum weggenommen wird. In einem großen Bezirk wie Floridsdorf, lassen sich noch viele weitere Flächen finden, die dafür gut geeignet sind. Wenn Parks angelegt oder neu gestaltet werden, soll ein Teil davon für die Förderung der Biodiversität vorbehalten bleiben. Auch entlang von viel begangenen Wegen, die oftmals von Grünflächen und Schotterbeeten gesäumt sind, bietet es sich an, solche Flächen zu planen.

Nicht nur wir Menschen freuen uns, wenn wir blühende Pflanzen erblicken. Speziell für die Biodiversität, für Insekten und in der Folge auch Säugetieren wie Vögeln bietet eine Wiese mit blühenden Pflanzen Nahrung und Lebensraum.

Anhang:



DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Hundesackerlspender in der Marco-Polo-Siedlung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 15. April 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

betreffend Installation eines Hundesackerlspenders bei der Grünanlage des Marco-Polo-Einkaufszentrums

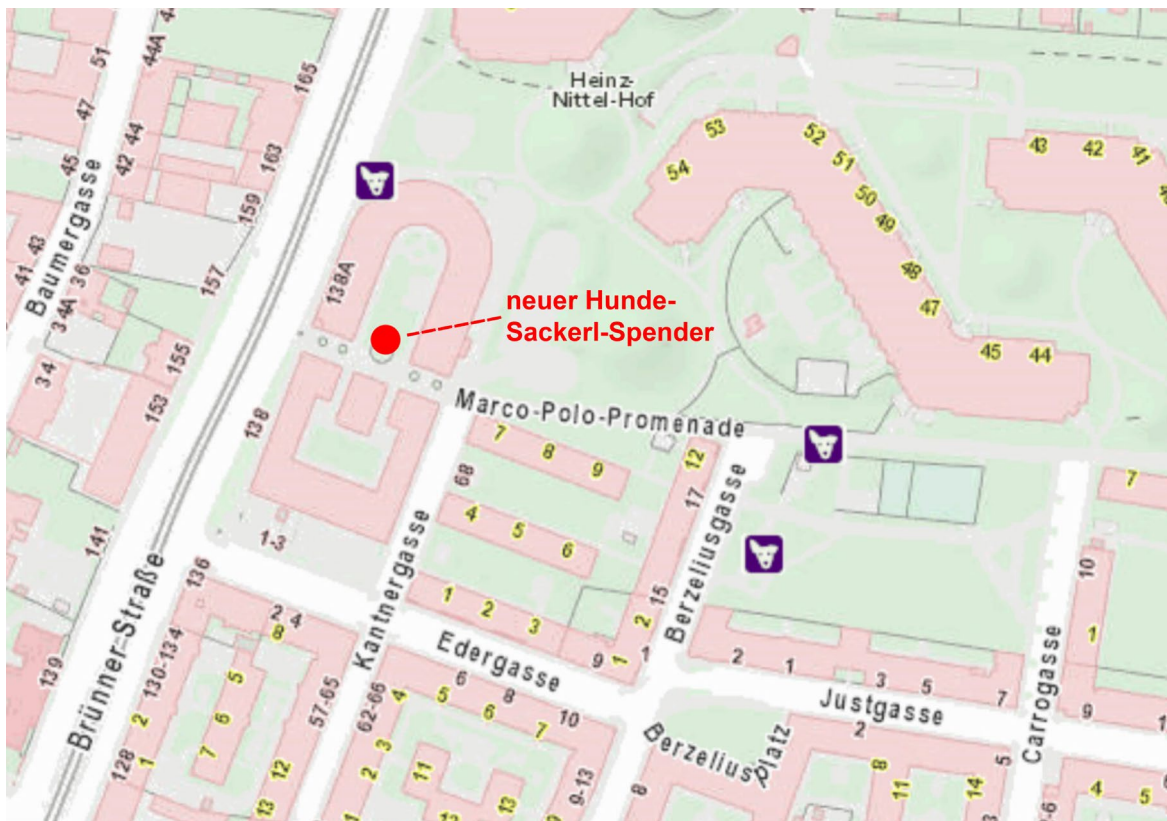
Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Jürgen Czernohorsky, wird ersucht, die Installation eines Hundekotsackerlspenders bei der zentralen Grünanlage des Marco-Polo-Einkaufszentrum Brünner Straße 138/Edergasse 1-3 zu veranlassen.

Vorberatungen mögen im Umweltausschuss stattfinden.

Begründung

Eine Eingabe bei Sag's Wien war leider nicht erfolgreich, da lt. Auskunft von Sag's Wien das Angebot in der Umgebung ausreichend sei. Das vorhandene Angebot wird aber von den Hundehalter:innen offensichtlich nicht angenommen, daher sollte an dem Ort ein Sackerlspender errichtet werden, wo die Hunde sich aufhalten. Im Interesse von Kindern, die diese Wiese benützen, sollte sie von Hundekot freigehalten werden.

Anhang:



Plan



Grünfläche

DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Errichtung einer sicheren Querung über die Scheffelstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 15. April 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

zur Erhöhung der Sicherheit für querende Personen an der Kreuzung Rautenkranzgasse / Scheffelstraße

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulli Sima, wird ersucht, Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit bei der Querung der Scheffelstraße auf Höhe Rautenkranzgasse insbesondere für Schulkinder in die Wege zu leiten.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission erfolgen.

Begründung

An dieser Stelle queren täglich viele Schulkinder und andere Personen. Durch hohe Müllcontainer und parkende Autos ist für die herannahenden KFZ die Sicht auf die Kinder stark beschränkt. Es kommt hier wiederholt zu gefährlichen Situationen, da Autofahrende die Kinder oft erst im letzten Moment sehen.

Da Kinder vom Vertrauensgrundsatz ausgenommen sind („unsichtbarer Zebrastreifen“), ist ihnen jederzeit ein sicheres Queren der Straße zu ermöglichen.

Auch umgekehrt sehen die Kinder, die die Scheffelstraße queren wollen, herannahende Autos ebenfalls erst sehr spät und müssen oftmals länger warten um sicher über die Straße zu kommen.

Hier bedarf es dringend einer Umgestaltung im Sinne einer verbesserten Verkehrssicherheit.

Anhang:



DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Sicherheit Rad- und Fußweg Unterführung Franklinstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 15. April 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

betreffend Verkehrssicherheit am Fuß- und Radweg Ecke Franklinstraße / Linke Nordbahngasse

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulli Sima, wird ersucht, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von Fußgänger:innen und Radfahrer:innen an der Kreuzung Franklinstraße / Ecke linke Nordbahngasse in die Wege zu leiten.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Die Radweg bei der Unterführung Ecke Franklinstraße / Linke Nordbahngasse ist sehr unübersichtlich, wenn man aus der Unterführung kommt, oder von der Linken Bahngasse. Fußgänger:innen bewegen sich immer wieder auf den Radwegen, teilweise mit Kindern und Kinderwägen. Dies führt zu gefährlichen Situationen.

Anhang:



Durchführung des Projekts „Girls in Politics“

Der Klub der Wiener Volkspartei stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der Bezirksvorsteher wird ersucht das Projekt „Girls in Politics“ des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung auch in Floridsdorf umzusetzen. Vorberatungen mögen in der Sozial- und Zivilschutzkommission stattfinden.

Begründung

Auf Initiative der damaligen Bundesministerin für Frauen Susanne Raab wurde im Oktober 2022 mit „Girls in Politics“ eine österreichweite Initiative gestartet, die am internationalen Tag der Mädchen jungen Frauen Einblicke in die Kommunalpolitik geben soll.

Die Möglichkeit zum „Schnuppern“ in die Politik soll Mädchen begeistern sich politisch zu engagieren und einer Generation von jungen Frauen die Möglichkeit geben, erste Schritte in der Politik zu gehen. Als Klub der Wiener Volkspartei sprechen wir uns klar für die Umsetzung dieser wichtigen Initiative mit freiwilligen Bezirksrätinnen auf Bezirksebene in Floridsdorf aus.



BezR KO Victoria Mayer

Aufstellen von Bänken in der Hasswellgasse

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgenden

Antrag

Die Magistratsabteilung 28 (MA 28) wird ersucht, in der Hasswellgasse Bänke auf dem Grünstreifen (siehe Bild) aufzustellen. Vorberatungen mögen im Umweltausschuss stattfinden.

Begründung

Die Hasswellgasse ist ein beliebter Verbindungsort zwischen den Wohnsiedlungen und dem Marchfeldkanal. Leider besteht aktuell noch kaum die Möglichkeit sich in diesem schönen Bereich hinzusetzen.

BezR KO Victoria Mayer

Anhang:



Erneuerung unkenntlich gemachter Beschilderung

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgenden

Antrag

Die MA48 (Straßenreinigung) wird ersucht, die Tafel „Kein Winterdienst“ im Bereich der Sowinetzgasse Höhe Verbindungsweg zum Marchfeldkanal zu erneuern.

Begründung

Die im Bereich der Sowinetzgasse auf Höhe des Verbindungsweges zum Marchfeldkanal angebrachte Tafel „Kein Winterdienst“ ist durch Übermalung beziehungsweise starke Verschmutzung derart beschädigt, dass der Hinweis nicht mehr lesbar und somit faktisch wirkungslos ist. Der ursprüngliche Text ist für Nutzerinnen und Nutzer des Weges nicht mehr eindeutig erkennbar. Gerade bei Geh- und Verbindungswegen ist eine klare Information darüber, dass kein Winterdienst erfolgt, wesentlich, um Fehlannahmen zu vermeiden und die Eigenverantwortung bei Schnee- und Eisglätte zu unterstreichen. Eine unleserliche Beschilderung kann zu Missverständnissen führen und erhöht das Risiko von Stürzen sowie gefährlichen Situationen in der kalten Jahreszeit.

BezR KO Victoria Mayer

Anhang:



Entschärfung der Abbiegesituation im Bereich Inge-Konradi-Gasse / Ruth-Brinkmann-Gasse / Johann-Weber-Straße

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgenden

Antrag

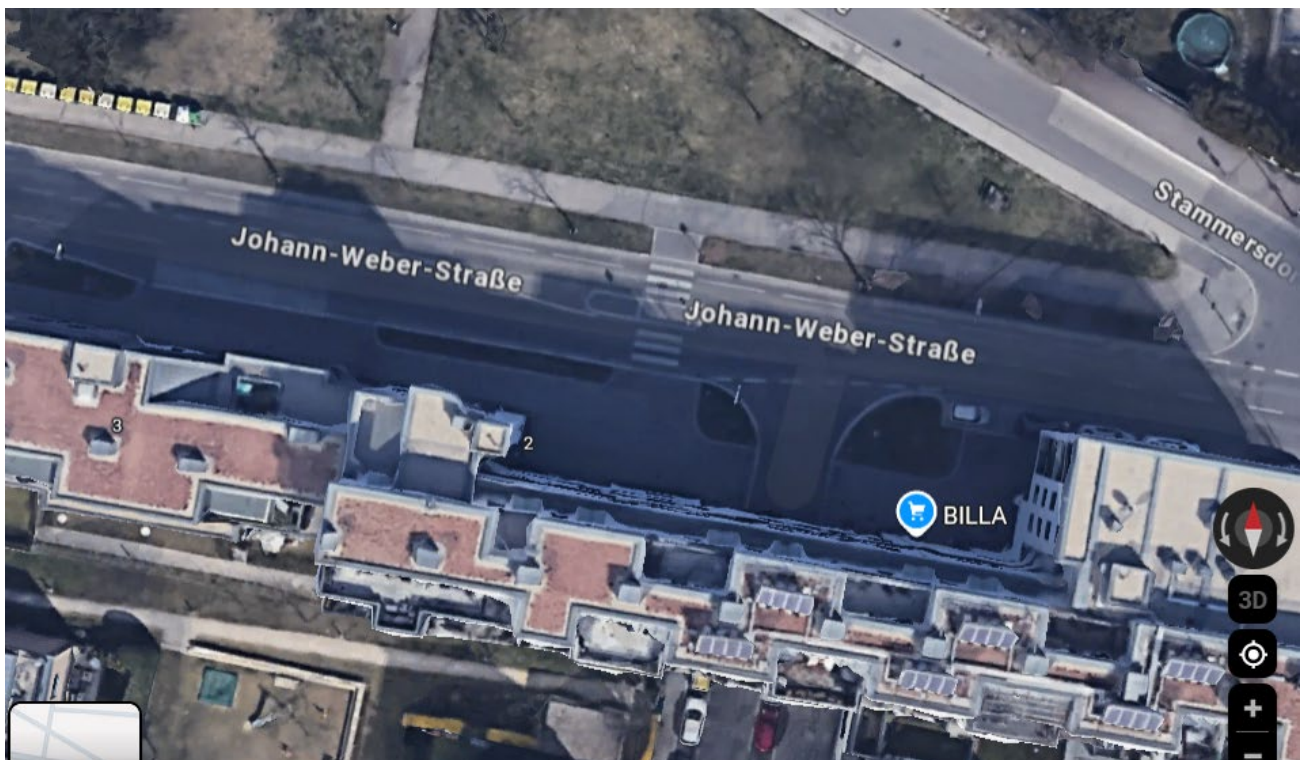
Die MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) wird ersucht, die Abbiegesituation im Bereich der Einmündung Ruth-Brinkmann-Gasse in die Johann-Weber-Straße – insbesondere hinsichtlich der stadteinwärts gerichteten Fahrtrichtung – einer Überprüfung zu unterziehen und zu evaluieren, ob die derzeitige Verkehrs- und Parkregelung unter Berücksichtigung der bestehenden Sichtverhältnisse sowie der verkehrs- und sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen weiterhin zweckmäßig ist oder ob geeignete Maßnahmen zur Entschärfung der Situation umgesetzt werden können. Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission vorgenommen werden.

Begründung

Die Inge-Konradi-Gasse geht durch eine Linksabbiegung in die Ruth-Brinkmann-Gasse über, welche in weiterer Folge in die Johann-Weber-Straße mündet. Im Bereich dieser Einmündung besteht eine problematische Verkehrssituation, insbesondere für Fahrzeuge, die von der Ruth-Brinkmann-Gasse kommend in die Johann-Weber-Straße stadteinwärts abbiegen möchten. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten – insbesondere der auf der rechten Seite vorgezogenen Gehsteigkante im Bereich der Parkbucht – ist die Sicht auf den von rechts kommenden Verkehr stark eingeschränkt. Um ausreichende Sicht auf den fließenden Verkehr zu erhalten, müssen Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenker sehr weit in die Johann-Weber-Straße vorfahren. Dabei befinden sie sich bereits im Bereich des stadtauswärts fließenden Verkehrs, wodurch gefährliche Situationen entstehen können.

Diese bauliche und verkehrstechnische Konstellation führt regelmäßig zu Unsicherheiten, erhöhtem Unfallrisiko sowie zu einer erheblichen Belastung für die Anrainerinnen und Anrainer. Insbesondere für ortsunkundige Verkehrsteilnehmer stellt die Situation eine schwer einschätzbare Gefahrenstelle dar. Die Bewohnerinnen und Bewohner des betroffenen Bereichs ersuchen daher um eine Überprüfung der Verkehrssituation sowie um geeignete Maßnahmen zur Entschärfung der Abbiegesituation.

Anhang



Errichtung von Abfallbehälter an der neuen Busstation Felmayergasse der Linien 29B

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgenden

Antrag

Die MA48 wird gebeten – in Abstimmung mit den Wiener Linien – an der auf der einen Seite neu errichteten und auf der anderen Seite alten Busstation „Felmayergasse“ der Linie 29B in der Richard-Neutra-Gasse entsprechende Abfallbehälter zu installieren. Vorberatungen mögen im Umweltausschuss stattfinden.

Begründung

Aus der Erfahrung zeigt sich, dass das Fehlen von Abfallbehältern häufig zur unsachgemäßen Entsorgung von Abfällen im Umfeld von Haltestellen führt. Eine zeitnahe Ausstattung mit geeigneten Abfallbehältern würde zur Sauberkeit und Attraktivität des öffentlichen Raums beitragen.

BezR KO Victoria Mayer

Anhang:



Errichtung eines Hundekotsackerlspenders

Der Klub der Wiener Volkspartei stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die MA48 (Straßenreinigung) wird ersucht, in der Sowinetzgasse Ecke Kollarzgasse einen Hundekotsackerlspender zu errichten. Vorberatungen mögen im Umweltausschuss stattfinden.

Begründung

Zahlreiche Anrainer des benachbarten Grätzls wünschen sich seit längerer Zeit die Errichtung eines Hundekotsackerlspenders an der genannten Örtlichkeit. Die Maßnahme würde zu mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum beitragen und die ordnungsgemäße Entsorgung von Hundekot erleichtern.



Sensibilisierung über die Gefahr von E-Scootern

Der Klub der Wiener Volkspartei stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin Bettina Emmerling wird ersucht, eine Informationskampagne an Pflichtschulen, entweder analog zu angedachten Vorbereitungen und Durchführungen von Radfahrprüfungen oder allgemein im geeigneten Rahmen, Schülerinnen und Schüler über die Gefahren und über die Verantwortung beim Gebrauch von E-Scootern zu sensibilisieren, durchzuführen.

Begründung

E-Scooter dürfen von Kindern und Jugendlichen bereits ab 12 Jahren im öffentlichen Verkehr benutzt werden, sofern sie den entsprechenden Radfahrausweis besitzen. Da E-Scooter vermehrt negativ durch das Fahrverhalten ihrer Nutzerinnen und Nutzer auffallen, erscheint es erforderlich so früh wie möglich alle potenziellen zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer über deren Gefahren und Verantwortung im öffentlichen Verkehr zu sensibilisieren.

Verkehrsrechtliche Beschilderung der Dietz-von-Weidenberg-Gasse

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgenden

Antrag

Die MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) wird ersucht, eine verkehrsrechtliche Überprüfung der Dietz-von-Weidenberg-Gasse durchzuführen und geeignete Maßnahmen zu setzen, um eindeutig und bereits am Beginn der Gasse ersichtlich zu machen, dass es sich (zumindest teilweise) um einen Privatweg mit eingeschränkter Nutzung handelt.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Gegenüber der Hausnummer Richard-Neutra-Gasse 12 beginnt die Dietz-von-Weidenberg-Gasse. Die Gasse verläuft zunächst etwa 160 Meter geradeaus, knickt anschließend im rechten Winkel nach links ab und mündet nach weiteren ca. 240 Metern bei Hausnummer 5 in die Paukerwerkstraße. Erst bei der Einmündung in die Paukerwerkstraße befindet sich ein Schild mit der Aufschrift: „Privatweg – Nutzung nur für Berechtigte“. Dieser Hinweis ist jedoch ausschließlich von der Paukerwerkstraße aus erkennbar und somit für Personen, die von der Richard-Neutra-Gasse in die Dietz-von Weidenberg-Gasse einfahren oder diese begehen, nicht sichtbar.

Anhang



Abbildung 1 Stadtplan



Abbildung 1 Blick von der Richard-Neutra-Gasse in die Dietz-von-Weidenberg-Gasse



Abbildung 3 Blick von der Dietz-von-Weidenberg-Gasse in Richtung Mondsteinstraße



Abbildung 4 Blick von der Paukerwerkstraße auf der das Betriebsgelände

Erhöhung der Verkehrssicherheitsmaßnahmen entlang der Dopschstraße

Der Klub der Wiener Volkspartei stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die MA 46 wird ersucht, auf Grundlage der Empfehlungen der Verkehrskommission zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit entlang der Dopschstraße zu prüfen und umzusetzen. Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Die Dopschstraße stellt eine stark frequentierte und hoch belastete Verkehrsachse dar. In ihrem unmittelbaren Umfeld befinden sich unter anderem die U1-Station Leopoldau, ein Einkaufszentrum, mehrere Spielplätze, eine Volksschule sowie zahlreiche Wohnanlagen. Aufgrund dieser Infrastruktur wird die Straße regelmäßig von Kindern, Familien und älteren Menschen genutzt und überquert, was insbesondere zu Stoßzeiten ein erhöhtes Gefährdungspotenzial mit sich bringt. Darüber hinaus kommt es vor allem in den wärmeren Monaten vermehrt zu überhöhten Geschwindigkeiten sowie zu rücksichtslosen Fahrmanövern durch einzelne Verkehrsteilnehmer, wodurch die Verkehrssicherheit zusätzlich beeinträchtigt wird. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Evaluierung sowie die Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Erhöhung der Sicherheit dringend erforderlich.

Errichtung von Wartehäuschen Busstation 29B Felmayergasse

Der Klub der Wiener Volkspartei stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für die Wiener Stadtwerke Mag. Ulli Sima, möge sich bei den WIENER LINIEN für die Errichtung eines Fahrgastunterstandes mit integrierter Sitzgelegenheit bei den beiden neu errichteten Bushaltestellen der Buslinien 29B „Felmayergasse“ einsetzen. Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Durch den Umbau der Richard-Neutra-Gasse wurden einer Seite die Busstation neu errichtet. Gerade im Hinblick auf ältere Menschen, mobilitätseingeschränkte Fahrgäste sowie Witterungseinflüsse (z.B. Regen, Hitze, Wind oder Schnee) wäre eine solche Ausstattung ein wichtiger Beitrag zur Steigerung des Fahrgastkomforts und der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs.

Die Wiener Volkspartei

Floridsdorf



Wiederherstellung des Schutzweges in der Baumergasse

Der Klub der Wiener Volkspartei stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die MA 46 wird ersucht, in der Baumergasse, Ecke Frauenstiftgasse den stark verblassten Schutzweg zu erneuern. Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

Begründung

Der Schutzweg vor Ort ist kaum mehr erkennbar und muss daher wieder erneuert werden. Dieses Eck ist stark frequentiert und hat daher ein besonders hohes Potential für Verkehrsunfälle.

BezR KO Victoria Mayer

AM WOCHENENDE DIREKT WANDERN MIT DEM 38A

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPO stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 Geschäftsordnung folgenden

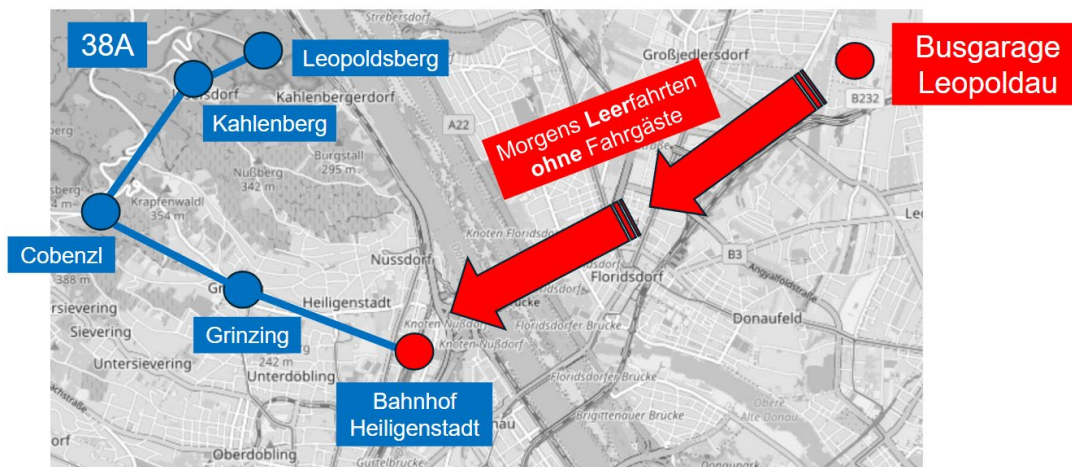
ANTRAG

betreffend einer Variantenführung des 38A an den Wochenenden für den Freizeitverkehr

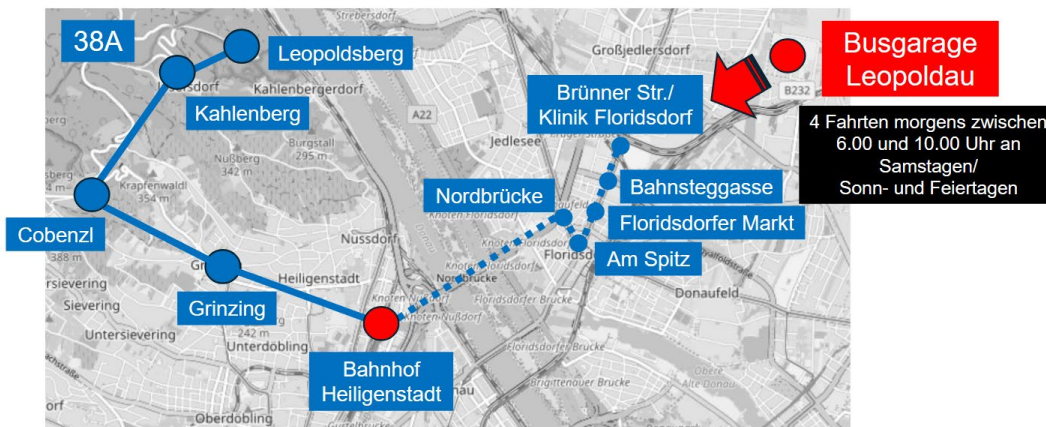
Die zuständige Stadträtin Ulli Sima wird ersucht, bei der bereits existierenden Bus-Linie 38A (Heiligenstadt → Leopoldsberg) an den Wochenenden eine Anbindung von Floridsdorfer Haltestellen zu ermöglichen. Vorberatungen darüber sollen in der Verkehrskommission stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Linie 38A (HEUTE)



Linie 38A (ab Frühjahr 2026 an den Wochenenden)



Beschreibung:

Ausrücken einzelner Busse der Linie 38A an Samstagen/Sonn- und Feiertagen morgens aus dem 21. Bezirk (Busgarage Leopoldau) über die Brünnerstraße – Am Spitz – Nordbrücke mit Bedienung der Unterwegshaltestellen und Fahrgästen zur Starthaltestelle nach Heiligenstadt und weiter in Richtung Cobenzl/Kahlenberg

- Umsteigefreie Direktverbindung an den Wochenenden im Freizeitverkehr von Floridsdorf in den Wienerwald bzw. auf die Wiener Hausberge

- Bereits bestehende Leerfahrten der Autobusse werden für Fahrgäste geöffnet (= minimaler Betriebskostenaufwand) // Keine Staugefahr am Wochenende morgens auf der Nordbrücke

- Alle angefahrenen Haltestellen entlang der Route bestehen bereits (keine Investitionen notwendig)

- Öffnung von bis zu 4 Fahrten für Fahrgäste

1 Fahrt zwischen 6.00 und 7.00 Uhr; 1 Fahrt zwischen 7.00 und 8.00 Uhr

1 Fahrt zwischen 8.00 und 9.00 Uhr; 1 Fahrt zwischen 9.00 und 10.00 Uhr

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine



Rudolf-Maier-Weg für alle verkehrssicher gestalten

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 Geschäftsordnung folgenden

ANTRAG

betreffend der verkehrssicheren Gestaltung des Rudolf-Maier-Weges für alle

Der zuständige Stadträtin Ulli Sima wird ersucht, den Rudolf-Maier-Weg auch formal für das Fahrrad zu öffnen und in diesem Bereich eine gut sichtbare Fairness-Zone über Bodenmarkierungen sicherzustellen. Vorberatungen sollen in der Verkehrskommission durchgeführt werden.

BEGRÜNDUNG

Der Weg ist breit und führt unter anderem zu einem Kindergarten, wobei dort bereits seit vielen Jahren Radabstellanlagen bestehen. Gleichzeitig soll auf die Bedürfnisse der Fußgänger und Senior:innen des Haus Jedlersdorf (Häuser zum Leben) Rücksicht genommen werden. In der Praxis wird der aktuell geduldete Status Quo durch Umsetzung dieses Antrages StVO-konform für alle legalisiert bzw. definiert.



Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE:

keine



Benennung der Parkanlage Gitlbauergasse

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 Geschäftsordnung folgenden

ANTRAG

betreffend Benennung der Parkanlage Gitlbauergasse nach Ernst Schmidt

Die zuständige Stadträtin Veronica Kaup-Hasler wird ersucht die Benennung einer Floridsdorfer Wiese nach dem Floridsdorfer „Urgestein“ Ernst Schmidt, dem von seinen Kolleginnen und Kollegen zwölf Mal wiedergewählten Betriebsratsvorsitzenden der Industrie-Traditionsfirma Austro-FIAT und Mitglied des ÖGB-Bundesvorstandes, vorzunehmen. Vorberatungen darüber sollen in der Kultur- und Benennungskommission erfolgen.

BEGRÜNDUNG

Viele Floridsdorferinnen und Floridsdorfer – unabhängig von ihrer politischen Orientierung – erinnern sich an den besonderen Menschen Ernst Schmidt. Der im Jahr 2015 verstorbene „Schmidt Ernst!“, wie er meist genannt wurde, war von seinen Kolleginnen und Kollegen ab dem Jahr 1951 bis zu seiner Pensionierung zwölf Mal als Betriebsratsvorsitzender (wieder-)gewählt worden. Gleichzeitig war Schmidt auch in der Bezirkspolitik tätig, wobei einer seiner Schwerpunkte in der Betreuung der Leopoldau und Großfeldsiedlung lag.

Wegen seiner führenden Rolle im Oktoberstreik 1950 wurde der stets selbstlos auftretende Arbeitervertreter aus dem ÖGB ausgeschlossen. Trotzdem konnte der bekennende Kommunist im Jahr 1951 für die Gewerkschaftliche Einheit (GE) die Mehrheit im Betriebsrat erringen und behielt diese über Jahrzehnte. Später wurde Schmidt wieder in den ÖGB aufgenommen und war ab den 1970er Jahren einer der GLB-Vertreter im ÖGB-Bundesvorstand.



Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine



MASSNAHMEN GEGEN DIE VERMÜLLUNG

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 Geschäftsordnung folgenden

ANTRAG

betreffend Maßnahmen gegen die zunehmende Vermüllung von Bezirk und Grünanlagen

Der zuständige Stadtrat Jürgen Czernohorszky wird ersucht, in seinen Geschäftsbereichen konkrete Maßnahmen gegen die zunehmende Vermüllung von öffentlichen Flächen und Grünanlagen im Bezirk Floridsdorf zu setzen. Vorberatungen sollen im Umweltausschuss erfolgen.

BEGRÜNDUNG

Floridsdorf wächst, aber die Infrastruktur tut es nicht in gleichem Ausmaß. Es ist schön, dass laufend Park-Eröffnungen oder -Sanierungen stattfinden. Leider bleibt in immer mehr Bezirksteilen aber der Müll liegen. Darunter befinden sich auch Gefahrenstoffe, wie alte Batterien, neben denen Kinder spielen und Tiere leben.

Immer mehr Floridsdorfer:innen sind bereit, bei der Reinigung von Grünanlagen zu helfen. So hat etwa die parteiunabhängige „Initiative Lebenswertes Neu-Jedlersdorf“ kürzlich den Waldpark Koloniestraße gereinigt, weil die Nachbarschaft nicht mehr länger untätig zuschauen wollte. Die MA 42 benötigte trotz sofortiger Einmeldung fast eine Woche, um den dort gesammelten Müll in der Parkanlage abzuholen. Wenn nun schon die Bevölkerung die Arbeit der Stadt Wien - ohne Entgelt und Versicherungsschutz – erledigt: Es wäre ein Minimum an Respekt seitens der Politik, die Betroffenen und Beschäftigten in der MA 42 durch angemessenen Ressourcen- und Personaleinsatz zu unterstützen.

Beispielsweise stellt die kommunistisch geführte Stadt Graz über die Gebietsbetreuungen Müllzangen, Handschuhe und Sackerl an interessierte Menschen kostenlos zur Verfügung und organisiert jährlich im Frühjahr Müllsammelaktionen. Fest steht: Umweltbewusstsein wird sich nicht medial verordnen lassen, aber die engagierten Nachbarschaften in den Grätzln soll von der Stadt Wien vor Ort unterstützt werden.



Bezirksrat Ewald Magnes e.h.



Mehr Badesicherheit nördlich der Jedleseer Brücke

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 24 Geschäftsordnung folgenden

ANTRAG

betreffend mehr Badesicherheit nördlich der Jedleseer Brücke auf der Wiener Donauinsel

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima wird ersucht Maßnahmen zu evaluieren, die das Baden auf der Donauinsel – auch nördlich der Jedleseer Brücke - durch gesicherte Einstiegsmöglichkeiten erleichtern. Vorberatungen darüber sollen im Umweltausschuss stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Der Bereich südlich der Jedleseerbrücke ab RU km 16,5 weist eine Fülle an Betonstiegen, Badepodesten usw. auf. Nördlich der Jedleseer Brücke ab RU km 17,7 vermissen Badende abseits der vereinzelteten Betonstiege bei km 18,3 zunehmend sichere Wasser-Einstiegsmöglichkeiten. Früher natürlich vorhandene Passagen sind durch die Ufer-Veränderungen in Folge des Hochwassers oft nicht mehr zugänglich. Zusätzliche Einstiegshilfen in das Wasser helfen der Bevölkerung. Dieser Badebereich wird zu den warmen Jahreszeiten intensiv genutzt, weil es sich um die einzige FKK-Zone im Norden Wiens handelt. Sohin bestehen keine umliegenden Ausweichmöglichkeiten auf andere Teile der nördlichen Donauinsel.

Im Jahr 1926, vor genau hundert Jahren, entstand in Wien der sozialistische FKK-Verein „Bund freier Menschen“. FKK wurde in Wien als gesunde Freizeitgestaltung propagiert, oft verknüpft mit Naturheilkunde und Körperkultur, um den negativen Auswirkungen der stressigen Gesellschaft entgegenzuwirken. Auch heute steht die Wiener Bevölkerung der Freikörperkultur weitgehend aufgeschlossen gegenüber. Wien steht in der Verantwortung sein kulturelles Erbe zu bewahren und den Zugang zur Natur für alle zu fördern. Für diese Idee steht die Aufteilung der Donauinsel in unterschiedliche Zonen. Auch das ist Kultur: Ein sicherer Bade-Einstieg für jeden FKK-Bereich.

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine